



Gerling Informationen für
wirtschaftsprüfende, rechts- und
steuerberatende Berufe



10. Juli 1986
6. Jahrgang, S. 86–99
ISSN 0177–1868

7

Inhalt	Seite
GI-Leitsätze	86, 99
Zurückbehaltung von Mandantengeldern und Strafbarkeit wegen Untreue	87
– Umfang der Treuepflicht im Anwaltsvertrag (BGH, Ur. v. 30.10.1985 – 2 StR 383/85, RBeistand 1986, 10)	
Amtspflichtverletzung des Finanzamtes/ Haftung des Steuerberaters	88
– Zinsen für Steuerrückvergütungen, § 236 AO – Festsetzungsverjährung, § 239 Abs. 1 Ziff. 3 AO – Rechtsprechungshinweis zur Amtshaftung des Finanzamtes (OLG Koblenz, Ur. v. 22.5.1985 – 1 U 712/84)	
Unzulässige Rechtsberatung	92
– Sinn und Zweck des Rechtsberatungsgesetzes – Unmittelbarer Zusammenhang zwischen Rechtsbesorgung und Gewerbebetrieb (Art. 1 § 5 Nr. 1 RBerG) (OLG Köln, Ur. v. 5.2.1986 – 6 U 128/85 – rechtskräftig)	
Haftung des Steuerberaters	94
– Steuernachveranlagung in der Außenprüfung – Schaden trotz rechtmäßiger Steuerfestsetzung? (OLG Düsseldorf, Ur. v. 27.2.1986 – 18 U 172/85)	
Haftung des Steuerberaters/Wirtschaftsprüfers	98
– Auftrag: Aufbereitung der Buchführung – Auftragserweiterung durch einseitige Erklärungen des Mandanten? (LG Hamburg, Ur. v. 31.8.1983 – 19 O 275/83)	

GI-Leitsätze

1. Wettbewerbsverbot/Mandantenschutzklausel

Ist ein mit einem Betriebsangehörigen vereinbartes Wettbewerbsverbot für die Zeit nach Beendigung des Dienstverhältnisses mangels Vereinbarung einer Karenzentschädigung nicht verbindlich, so wird es nicht dadurch wirksam, daß der Betreffende später Geschäftsführer des Unternehmens (einer Steuerberatungs GmbH) wird.

(OLG Koblenz, Urf. v. 1. 8. 1985 – 6 U 618/85, WM 1985, 1484)

Anmerkung:

Gemäß § 74 Abs. 2 HGB erfordert ein wirksames Wettbewerbsverbot die Vereinbarung einer Entschädigung. Dieses Erfordernis gilt nicht für eine Wettbewerbsklausel, die zwischen einer GmbH und ihrem Geschäftsführer vereinbart wird. Dabei ist es gleichgültig, ob der Geschäftsführer zugleich Gesellschafter ist (vgl. BA NJW 1984, 2366 = WM 1984, 996). Wird ein Arbeitnehmer später Geschäftsführer der Steuerberatungs GmbH, so wird die ursprünglich unwirksame Mandantenschutzklausel nicht automatisch wirksam. Nach Auffassung des OLG Koblenz hätte die Steuerberatungs GmbH mit dem Geschäftsführer eine entsprechende Einigung herbeiführen müssen.

2. Sozietät von Anwaltsnotar und Steuerberater?

Ein Anwaltsnotar kann sich nicht mit einem Steuerberater, der nicht zugleich Rechtsanwalt ist, zur gemeinsamen Berufsausübung verbinden (Bestätigung der bisherigen Rspr. – BGH DNotZ 1981, 133).

(BGH, Beschl. v. 14. 10. 1985 – NotZ 3/85, DNotZ 1986, 307)

3. Angebot unerlaubter Rechtsberatung

Bietet ein nicht eingetragener Verein im Rundschreiben sowohl wirtschaftliche als auch rechtliche Beratung in Wettbewerbsabsicht an, so verstößt er gegen die guten Sitten des Wettbewerbs.

(OLG Frankfurt/M., Urf. v. 11. 4. 1985 – 6 U 189/83)

Zurückbehaltung von Mandantengeldern und Strafbarkeit wegen Untreue

– Umfang der Treuepflicht im Anwaltsvertrag
(BGH, Urt. v. 30.10.1985 – 2 StR 383/85, RBeistand 1986, 10)

Leitsatz:

Ein Rechtsanwalt, der den von der Treueabrede umfaßten Aufgaben nachkommt, es jedoch nach Vertragsbeendigung pflichtwidrig unterläßt, Geld an seinen Mandanten herauszugeben, begeht keine Untreue gem. § 266 Abs.1 StGB.

Aus den Gründen:

Verstoßen hat er allein gegen die Verpflichtung, das Geld nach Vertragsbeendigung an seine Mandantin auszukehren. Damit hat der Angeklagte aber nicht einer Treue-, sondern lediglich einer bloßen Schuldnerpflicht zuwidergehandelt (Hübner, LK, a.a.O.). Auch eine vertragliche Beziehung, die sich insgesamt als Treueverhältnis i.S.d. § 266 StGB darstellt, kann Verpflichtungen enthalten, deren Verletzung nicht vom Untreuetatbestand geschützt ist.

Maßgebend sind Inhalt und Umfang der Treueabrede, so wie sie sich aus den Vertragsvereinbarungen und deren Auslegung nach Treu und Glauben ergeben.

Nach den bisherigen Feststellungen werden nach der Abänderung des Anwaltsvertrages nur die Pflichten des Angeklagten zur Verwahrung und Anlegung des überlassenen Geldes von der Treupflicht umfaßt. Der Angeklagte hatte das Geld zinsbringend anzulegen, er durfte es nicht angreifen und nicht gefährden. Diese vom Angeklagten übernommene Geschäftsordnung gestaltete das Vertragsverhältnis auch zu einem Treueverhältnis. Nur die Verletzung dieser spezifischen Treuepflichten wäre eine Untreuehandlung gewesen.

Die Pflicht, das Geld rechtzeitig herauszugeben, unterschied sich nicht von den Herausgabe- und Rückerstattungspflichten anderer Schuldverhältnisse, die regelmäßig keine Treueabrede enthalten. Erfüllt etwa ein

Darlehensnehmer nach Kündigung den Rückzahlungsanspruch nicht, so begeht er – ungeachtet des nachhaltigen Interesses des Darlehensgebers an der Erfüllung dieser Verpflichtung – zwar einen zivilrechtlichen Vertragsbruch, aber nicht eine als Untreue zu bewertende Handlung. Ebenso verhält es sich, wenn der Verwahrer einer Sache sie nicht rechtzeitig herausgibt. Nichts anderes gilt für den Treunehmer, der allen Aufgaben nachkommt, die von der Treueabrede umfaßt werden, jedoch die Verwirklichung eines Herausgabe- oder Erstattungsanspruchs seines Vertragspartners nicht sogleich erfüllt und dadurch dessen Realisierung verzögert.

Amtspflichtverletzung des Finanzamtes/Haftung des Steuerberaters

- Zinsen für Steuerrückvergütungen, § 236 AO
- Festsetzungsverjährung, § 239 Abs.1 Ziff. 3 AO
- Rechtsprechungshinweis zur Amtshaftung des Finanzamtes (OLG Koblenz, Ur. v. 22.5.1985 – 1 U 712/84)

Leitsätze:

1. Zinsen für Steuerrückvergütungen sind von Amts wegen rechtzeitig festzusetzen.
2. Die steuerrechtliche Festsetzungsverjährung schließt zivilrechtliche Amtshaftungsansprüche wegen schuldhafter Verletzung jener Pflicht nicht aus.
3. Vorrangig auf Schadenersatz haftet jedoch ein Angehöriger der steuerberatenden Berufe, der den Berechtigten vertreten und die Verjährung nicht verhindert hat.

Aus den Gründen:

Amtspflichtverletzung des Finanzamtes

Der von den Berufungsbeklagten beerbte frühere Kläger erhielt in den Jahren 1978 und 1979 Steuerrückvergütungen. Die Festsetzung von Zinsen hierfür lehnte das Finanzamt durch Bescheid vom 17.9.1981 mit

der Begründung ab, die Festsetzungsverjährung sei Ende 1979 bzw. 1980 eingetreten. Dagegen legte der Fachanwalt D für den Kläger Einspruch ein, nahm diesen aber im November 1981 zurück. Der Schadenersatzklage in Höhe von 6.335,50 DM nebst Zinsen hat das Landgericht mit der Begründung stattgegeben, der zuständige Beamte der Finanzverwaltung habe es amtspflichtwidrig unterlassen, die Zinsen rechtzeitig festzusetzen.

Die Berufung des beklagten Landes ist zulässig und hat Erfolg. Die Klage ist (derzeit) unbegründet, weil eine anderweitige Ersatzmöglichkeit nicht ausgeschlossen werden kann (§ 839 Abs. 1 Satz 2 BGB, Art. 34 GG).

Ebenso wie das Landgericht geht der Senat davon aus, daß **das Finanzamt von Amts wegen verpflichtet war, die Zinsen zugunsten des Klägers rechtzeitig festzusetzen (§§ 236 ff AO), und daß eine schuldhafte Verletzung dieser Amtspflicht zivilrechtliche Schadenersatzansprüche begründen** kann. Die steuerrechtlichen Vorschriften über die Festsetzungsverjährung schließen Ansprüche aus Art. 39 GG nicht aus. Die vom Beklagten in Bezug genommene Entscheidung BGHZ 11, 212 f. betrifft einen ganz anderen Fall; dort hatte der Kläger es unterlassen, einen vermeintlichen Anspruch auf Trennungsschädigung rechtzeitig einzuklagen, während es hier darum geht, daß ein schuldhaftes Unterlassen der Finanzverwaltung zur Festsetzungsverjährung geführt und dem Kläger den Zinsanspruch genommen hat. Gemäß § 47 AO ist der Zinsanspruch erloschen.

Entgegen der Ansicht des Landgerichts hatte aber die Rücknahme des Einspruchs im Jahre 1981 eine steuerrechtliche Bedeutung, die sich auf den Schadenersatzanspruch auswirkt. Denn wie in der Klageschrift zutreffend hervorgehoben wird, war durch das Schreiben vom 21.12.1979 noch vor Ablauf der gesetzlichen Festsetzungsverjährung Ende 1979 ein Festsetzungsantrag gestellt worden.

Der Antrag vom 21.12.1979 ist vor Jahresende beim zuständigen Finanzamt eingegangen. Unerheblich ist, daß er wegen des Zusatzes „Finanzkasse“ zunächst dieser Verwaltungsabteilung vorgelegt wurde und daß das Finanzamt vor Jahresende den Antrag nicht mehr bearbeitete, weil die Behörde Energie sparte. Der Zugang in der Behörde genügt.

Dieser Antrag hatte gemäß §§ 239 Abs. 1 Satz 2 Nr. 3 und Satz 1 i.V.m. 171 Abs. 3 Satz 1 AO zur Folge, daß die Festsetzungspflicht nicht schon 1979 oder 1980 endete, sondern erst mit der unanfechtbaren Entscheidung über die beantragte Zinsfestsetzung, also erst mit der Rücknahme des Einspruchs im Jahre 1981.

Primäre Haftung des Steuerberaters

Dem Kläger persönlich kann nicht angelastet werden, daß er das nicht erkannt und nicht darauf bestanden hat, daß der Einspruch weiter verfolgt wurde (§ 839 Abs. 3 BGB).

Der Fachanwalt, der ihn 1981 unstreitig vertrat, hätte die steuerrechtliche Lage aber möglicherweise erkennen können und den Einspruch nicht zurücknehmen dürfen, so daß er dem Kläger ersatzpflichtig geworden sein könnte.

Der Kläger und seine Erben, die Berufungsbeklagten, haben keinen Sachverhalt vorgetragen, der einen solchen Ersatzanspruch ausschliesse. Gemäß § 839 Abs. 1 Satz 2 BGB besteht daher (noch) kein Amtshaftungsanspruch.

Erst wenn die Berufungsbeklagten vergeblich versucht haben werden, einen Ersatzanspruch gegen den Fachanwalt durchzusetzen, käme eine Haftung des beklagten Landes in Frage, dessen Beamte ebenfalls den Eintritt der Festsetzungsverjährung verursacht haben.

Weiterführende Rechtsprechungshinweise zur Amtshaftung des Finanzamtes

- | | |
|--|---|
| 1. Unbegründete Steuerveranlagung
– Amtspflicht bei Ermittlung der Steuerpflicht und bei Festsetzung der Steuer – | RGZ Bd. 165, 257;
BGHZ Bd. 39, 77;
BGHZ VersR 1961,
S. 533 (betrifft:
Schätzungs-
veranlagung) |
| 2. Unbegründeter Haftungsbescheid | LG München,
BB 1959, S. 874 |
| 3. Doppelte Eingabe von Betriebseinnahmen und Gewinn | LG München I,
DStR 1980, 103 |
| 4. Verzögerte Sachbehandlung des Finanzamtes bei Vollziehung eines unrichtigen Steuerbescheides | BGH WM 1963,
349 |
| 5. Absichtliche Unterdrückung von Anträgen des Steuerpflichtigen | RGZ Bd. 157, 197 |
| 6. Schädigung eines Steuerpflichtigen durch Einlegung eines Rechtsmittels nach Fristablauf
– Amtspflicht zur Beachtung der Verfahrensvorschriften – | BGHZ Bd. 21, 359 |

- | | |
|--|---|
| 7. Verletzung des Steuergeheimnisses durch Strafsachenstelle des Finanzamtes | BGH StB 1981, 147;
vgl. auch RG JW
1934, 420 |
| 8. Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes bei Kreditgewährung des Landes zur Industrieansiedlung | BGH VersR 1962,
444 |
| 9. Zwangsvollstreckung wegen Steuerforderung in Eigentum eines Dritten mit anschließender Versteigerung ohne vorherige Klärung der Eigentumsverhältnisse
– Amtspflichten in Vollstreckungsverfahren – | BGHZ Bd. 32, 240

BGH NWwZ 1982,
393; VersR 1982,
898 = BB 1982,
1451 = StB 1983,
13 mit Anm. Heine |
| 10. Freigabe einer Sicherheit zum Nachteil eines Steuergesamtschuldners | RG DR 1942, 1242
RG JW 1934, 2767 |
| 11. Pflichtwidrige Forderungspfändung durch das Finanzamt | OLG Frankfurt,
StB 1981, 36 |
| 12. Schädigung durch Vorgehensweise der Steuerfahndung | LG Mainz StBg
1980, 203
= StB 1981, 149 |
| 13. Nichtbeachtung eines Antrages auf Verrechnung von Umsatzsteuerguthaben | LG Hannover,
BB 1977, 1138
= DStR 1977, 358
= StBg 1977, 81 |
| 14. Zur Frage amtspflichtwidrigen Vorgehens von Beamten der Finanzverwaltung bei Erwirkung und Vollzug eines Durchsuchungs- und Beschlagnahmebeschlusses | BGH VersR 1983, 37 |
| 15. Zur Pflicht des Finanzamtes zur sachgerechten, d.h. richtigen und unmißverständlichen sowie vollständigen Auskunftserteilung und Aufklärung bei Abtretung von Steuerguthaben | OLG Hamm,
Urt. v. 24.7.1981
GI 2/82 |

Unzulässige Rechtsberatung

- Sinn und Zweck des Rechtsberatungsgesetzes
 - Unmittelbarer Zusammenhang zwischen Rechtsbesorgung und Gewerbebetrieb (Art. 1 §§ 5 Nr. 1 RBerG)
- (OLG Köln, Urt. v. 5. 2. 1986 – 6 U 128/85 – rechtskräftig)

Leitsatz:

Unzulässige Rechtsberatung im Sinne des Rechtsberatungsgesetzes liegt vor, wenn ein Hersteller **im Namen** seiner Vertragshändler Abmahn-schreiben beantwortet, die diese von Mitbewerbern wegen einer vom Hersteller für seine Vertragshändler geschalteten Werbung erhalten hatten.

Aus den Gründen:

.....

Ein unmittelbarer Zusammenhang im Sinne des Art. 1 § 5 Nr. 1 RBerG zwischen der Rechtsbesorgung einerseits und dem Geschäft des Gewerbebetriebes des Besorgenden andererseits kann nur dann bejaht werden, wenn die Rechtsbesorgung der Vorbereitung oder Durchführung des Geschäfts dient, nicht aber, wenn sie dem bereits zur Ausführung gelangten Geschäft nachfolgt (vgl. insoweit Altenhoff-Busch-Kampmann, Rechtsberatungsgesetz, 7. Aufl., Art. 1 § 5 Rdz. 393, 398, 400). Dies folgt aus dem Sinn und Zweck des Rechtsberatungsgesetzes einerseits und dem mit den Ausnahmeregelungen verfolgten Zweck andererseits. Grundsätzlich soll die Rechtsberatung und Rechtsbesorgung den hierfür besonders ausgebildeten und durch die Rechtsordnung mit besonderer Verantwortung ausgestatteten Organen der Rechtspflege, den Rechtsanwälten, vorbehalten sein. Dann aber, wenn die Ausübung eines Berufes oder der Abschluß eines Geschäftes unmöglich gemacht würde, wenn nicht im Rahmen des Geschäftsabschlusses eine gewisse rechtsberatende oder rechtsbesorgende Tätigkeit erlaubt würde, soll eine Ausnahme gelten. So soll etwa beim Verkauf eines Kraftfahrzeuges Rat und Hilfe im Hinblick auf die abzuschließenden Versicherungen gewährt werden dürfen, beim Verkauf von für den Export bestimmten Waren im Hinblick auf die erforderliche Ausfuhrgenehmigung (vgl. die Beispiele bei Altenhoff-Busch-Kampmann, a.a.O., Rdz. 409). Vorliegend wird die berufliche Betätigung der Beklagten in **ihrem** Gewerbebezweig nicht dadurch beeinträchtigt, daß ihr die Rechtsberatung und Rechtsbesorgung

im Hinblick auf die Abwehr von Abmahnungen **ihrer** Stützpunkthändler durch Mitwettbewerber, die aus den von der Beklagten veranlaßten Werbeanzeigen herrühren, untersagt ist. Es bleibt der Beklagten unbenommen, ihre Stützpunkthändler intern zu beraten oder ihnen anwaltliche Unterstützung zuteil werden zu lassen. Die Durchführung der Werbung für die Stützpunkthändler erfordert es nicht, daß die Beklagte selbst die Verteidigung der Werbung übernimmt; die Verteidigung folgt der bereits durchgeführten Werbung nach, sie dient weder ihrer Vorbereitung noch ihrer Durchführung (vgl. insoweit die Beispiele bei Altenhoff-Busch-Kampmann, a.a.O., Rdz. 410).

Weiterführende Rechtsprechungshinweise:

Zur Rechtsberatung durch Steuerberater vgl. OLG Hamm, Urt.v. 28.8.1985 – 25 U 273/84 GI 1986, 50 = DB 1986, 32 und weiterführende Rechtsprechungshinweise in GI 1986, 51f.

Haftung des Steuerberaters

- Steuernachveranlagung in der Außenprüfung
 - Schaden trotz rechtmäßiger Steuerfestsetzung?
- (OLG Düsseldorf, Urt. v. 27.2.1986 – 18 U 172/85)

Leitsatz:

Ein Steuerberater, gegen den sein Auftraggeber den Vorwurf erhebt, die nachträgliche Ausdehnung einer bereits vorgenommenen Betriebsprüfung auf weitere Zeiträume pflichtwidrig nicht verhindert zu haben, hat seinem Auftraggeber nicht Schadenersatz wegen der Steuern zu leisten, welche gegen den Auftraggeber aufgrund der erweiterten Betriebsprüfung nachträglich festgesetzt werden.

Leitsätze (d. Verf.):

Die Veranlagung in der Betriebsprüfung führt nur zu einem Steuerschaden des Mandanten, wenn er zu Unrecht zur Zahlung von Steuern herangezogen wird. Dazu muß der Mandant etwas Konkretes vortragen.

Pauschale – nicht nachprüfbare – Behauptungen können nicht zur Grundlage für eine Beweiserhebung durch Einholung eines Sachverständigengutachtens gemacht werden.

Es ist nicht Aufgabe eines steuerlichen Beraters, den Mandanten davor zu bewahren, daß er tatsächlich geschuldete Steuern nicht bezahlen muß.

Aus den Gründen

.....

b. Es genügt nicht, daß der Kläger in diesem Zusammenhang auf die ergangenen Steuerbescheide verweist (Schriftsatz vom 30.12.1985, Bl. 186 GA). Diesen Steuerbescheiden kann der Senat lediglich entnehmen, daß gegen den Kläger Steuern in dieser Höhe festgesetzt worden sind. Sie geben aber keinen Aufschluß darüber, ob und inwieweit diese Steuern möglicherweise zu Unrecht festgesetzt worden sein sollten. Dazu hätte der Kläger etwas Konkretes vortragen müssen (vgl. hierzu auch Gräfe/Suhr, Die Haftung des Steuerberaters in zivilrechtlicher, steuerrechtlicher und steuerstrafrechtlicher Hinsicht, 1978, S. 67).

c. Ebenso genügt nicht der weitere Vortrag des Klägers auf S. 2 des bereits angeführten Schriftsatzes vom 30.12.1985 (Bl. 187 GA), daß „die ursprünglich abgegebenen Erklärungen zutreffend gewesen seien, sie hätten auf der Buchführung basiert, welche die Beklagte für den Kläger erstellt habe, die Änderung aufgrund der Betriebsprüfung seien in vollem Umfang unberechtigt gewesen (Sachverständigengutachten)“.

Diese pauschale Behauptung ist für den Senat nicht nachprüfbar und kann schon deswegen nicht zur Grundlage für eine Beweiserhebung durch Einholung eines Sachverständigengutachtens gemacht werden.

.....

3. Der Kläger will die Beklagte auch für diejenigen Kosten verantwortlich machen, welche mit der Aufbereitung des Tatsachenmaterials durch seinen jetzigen steuerlichen Berater angefallen sind und anfallen werden (Schriftsatz des Klägers vom 30.12.1985 auf S. 2, Bl. 187 GA sowie Rechnung des Steuerberaters Dr. W. an den Kläger vom 31.12.1983, Bl. 177 GA). Auch hier ist indes eine schadenursächlich gewordene Verantwortlichkeit der Beklagten nicht festzustellen.

Der Senat kann, wie ausgeführt ist, nicht davon ausgehen, daß, pflichtwidrig verursacht durch die Beklagte, zu Unrecht gegen den Kläger Steuern festgesetzt worden sind. Damit entfallen aber auch diejenigen Voraussetzungen, welche es rechtfertigen könnten, der Beklagten die Kosten anzulasten, welche durch die Einschaltung des Steuerberaters Dr. W. dem Kläger entstanden sind oder in Zukunft noch entstehen können.

Der Kläger vertritt die Auffassung, hinsichtlich der für die Jahre 1974 und 1975 nacherhobenen Steuern folge die Schadenersatzverpflichtung der Beklagten bereits daraus, daß sie die am 6.4.1982 angeordnete Erweiterung der Betriebsprüfung und damit die folgende Steuernach-erhebung nicht verhindert habe. Das ändert indes an der rechtlichen Beurteilung hinsichtlich des eingeklagten Schadenersatzanspruchs nichts.

Auch insoweit fehlt es an der Feststellbarkeit eines auch nur möglichen Schadens, weil nicht festzustellen ist, daß die für diese Jahre nacherhobenen Steuern tatsächlich nicht geschuldet wurden.

Entgegen der vom Kläger vertretenen Auffassung liegt ein Schaden nicht schon darin, daß diese Steuern überhaupt noch von dem Kläger erhoben worden sind. Selbst wenn – was indes hier nicht der Fall war – die Beklagte bei pflichtgemäßem Verhalten eine Erweiterung der Betriebsprüfung und damit die Nachforderung **geschuldeter** Steuern mit Erfolg hätte verhindern können, schuldete sie dem Kläger wegen Nichteintritts dieses Erfolgs nicht Schadenersatz.

Es ist nicht Aufgabe eines steuerlichen Beraters und deswegen auch nicht Inhalt eines rechtmäßigen Steuerberatungsvertrages, den Auftraggeber davor zu bewahren, daß er tatsächlich geschuldete Steuern nicht bezahlen muß (vgl. § 57 StBerG und Gehre, StBerG, 1981 § 57 Rdnr. 12 und Rdnr. 31).

Die Zahlung tatsächlich geschuldeter Steuern stellt deswegen grundsätzlich auch keinen Schaden dar, für welchen ein Steuerberater bei Pflichtverletzung gegenüber seinem Auftraggeber aufzukommen hat (vgl. Gräfe/Suhr, Die Haftung des Steuerberaters S. 65 und 66; Späth, Die zivilrechtliche Haftung des Steuerberaters, 1977 Rdnr. 236, S. 143; Tausend, Die Haftung des Steuerberaters gegenüber Unternehmen und Finanzamt, 1979, Nr. 8.3, S. 131).

Gebührenrecht/Steuerberatergebührenverordnung

- Höchstgebühr oder Mittelgebühr?
- Unwirksamkeit einer Erfolgsbeteiligung
- Anmerkung

(OLG Düsseldorf, Ur. v. 30.4.1986 – 18 U 15/86 –, rkr.)

Leitsatz:

Fordert der Steuerberater als Honorar die Höchstgebühr, so muß er im Prozeß die Gründe für eine Überschreitung der Mittelgebühr darlegen und bewiesen.

Aus den Gründen:

1. Erfolgsbeteiligung

Auf die vom Kläger bestrittene Darstellung der Beklagten, es sei zwischen den Parteien eine Erfolgsbeteiligung vereinbart worden, kommt es nicht an.

Eine solche Vereinbarung wäre – das hat schon das Landgericht zutreffend ausgeführt – unwirksam, und zwar gemäß § 4 StBerG (Gehre, StBerG, § 99 Rdnote 5; Eckert/Böttcher, StBGebV; Anmerkung 1.2.8 vor § 1).

2. Höchstgebühr oder Mittelgebühr?

Das dem Kläger zustehende Honorar richtet sich infolgedessen nach der Steuerberatergebührenverordnung. Die entstandenen Gebühren sind lediglich in Höhe der Mittelgebühren berechtigt.

- a) Soweit der Kläger für die **Erstellung der Steuererklärungen** der Jahre 1979, 1980 und 1981 die Höchstsätze berechnet, ist dies nach § 11 Steuerberatungsgebührenverordnung nicht gerechtfertigt. Aus dem Vorbringen des Klägers ergibt sich nicht, daß es sich insoweit um eine aus dem Rahmen des Normalen fallende Tätigkeit und Angelegenheit handelt. Es ist insbesondere unerheblich, daß bereits Steuerbescheide vorlagen und – zum Teil – bestandskräftig waren. Für eine dadurch bedingte besondere Tätigkeit des Steuerberaters sind besondere Gebühren vorgesehen. Diese macht der Kläger hier auch geltend. Ebenso ist es unerheblich, daß der Kläger

erst die erforderlichen Unterlagen anfordern und ordnen mußte, wie er behauptet. Auch das führt noch nicht dazu, daß die Angelegenheit aus dem Rahmen des Normalen fällt.

- b) Die Erwägungen zur Bearbeitung der Einkommensteuererklärungen gelten in gleicher Weise auch für die vom Kläger durchgeführten **Einspruchsverfahren** hinsichtlich der bereits ergangenen Einkommensteuerbescheide.

Der Antrag vom 13.4.1983 sowie die Einspruchsbegründung vom 13.5.1983 – betreffend den Steuerbescheid für das Jahr 1979 – reichen inhaltlich nicht aus, das Überschreiten der Mittelgebühr zu rechtfertigen. Die dort angeführte Literatur und der Umfang des Schriftsatzes deuten nicht auf einen außergewöhnlichen, aus dem Rahmen fallenden Arbeitsaufwand und Schwierigkeitsgrad hin. Daß der Bescheid, um welchen es ging, bereits rechtskräftig war, war eindeutig. Daß der Kläger mit seinem Einspruch Erfolg gehabt hat, spielt für die Berechnung der Gebühr keine Rolle.

Hinsichtlich des Einspruchs für 1980 entfällt eine Erhöhung der Mittelgebühr schon deswegen, weil der Kläger insoweit den Einspruch nicht begründet hat (vgl. hierzu: Schriftsatz des Klägers vom 8.2.1985, S. 3, Bl. 30 d.A.).

- c) Hinsichtlich der jeweiligen **Überschußberechnungen** hat der Kläger gleichfalls keine ausreichenden Gründe dargetan, welche den Ansatz der Höchstgebühren rechtfertigen könnten.

Anmerkung:

Das Urteil des OLG Düsseldorf stellt eine konsequente Anwendung von § 11 StBGebV dar:

„Ist für die Gebühren ein Rahmen vorgesehen, so bestimmt der Steuerberater die Gebühr im Einzelfall unter Berücksichtigung aller Umstände, insbesondere der Bedeutung der Angelegenheit, des Umfangs und der Schwierigkeit der beruflichen Tätigkeit nach billigem Ermessen.“

Die in § 11 beispielhaft genannten Umstände, die bei der Bemessung zu berücksichtigen sind, sind durch die Einkommens- und Vermögensverhältnisse des Mandanten zu ergänzen (vgl. § 12 BRAGO; Mittelsteiner-Scholz, StBGebV, S. 22). Für die gleiche Leistung hat ein wirtschaftlich gutgestellter Auftraggeber eine höhere Vergütung zu entrichten als ein weniger bemittelter Mandant (eb. Gerold/Schmidt, 8. Aufl. § 12 Tz. 8).

Haftung des Steuerberaters/Wirtschaftsprüfers

- Auftrag: Aufbereitung der Buchführung
 - Auftragserweiterung durch einseitige Erklärungen des Mandanten?
- (LG Hamburg, Urt. v. 31. 8. 1983 – 19 O 275/83)

Leitsätze (d. Verf.):

1. Zum Auftragsinhalt: „Aufbereitung der Buchführung“
2. Keine Auftragserweiterung: Mandant erklärt, bei der Buchführung nicht ganz sicher zu sein.

Aus den Gründen:

1. Dem Steuerberater oblag – neben den nicht im Streit befindlichen Tätigkeiten – nur die „Aufbereitung“ der vom Mandanten selbst übernommenen Buchführung. Der auf diese Weise eingegrenzte Tätigkeitsbereich des Steuerberaters umfaßte nach Auffassung des erkennenden Gerichts **nicht eine vollständige und lückenlose Überprüfung aller Buchungsvorgänge**. Eine derart weitgehende Prüfungspflicht würde im Ergebnis darauf hinauslaufen, daß der Steuerberater die Buchführung des Mandanten vollen Umfangs hätte nachvollziehen müssen. Ein so weit gefaßter Pflichtenkreis wird von dem Begriff der Aufbereitung nicht gedeckt. Dieser setzt vielmehr eine fertiggestellte, d. h. nicht nachbearbeitungsbedürftige Buchhaltung voraus.

Versteht man den Begriff der Aufbereitung im Wortsinne, so stellt sich nach Auffassung der Kammer durchaus die Frage, ob der Steuerberater überhaupt verpflichtet war, die Journaleintragungen auf ihre Übereinstimmung mit den zugrunde liegenden Belegen zu überprüfen. Selbst wenn man dies indessen grundsätzlich bejaht, beschränkte sich eine derartige Überprüfungspflicht allenfalls auf die Vornahme von **Stichproben**.

2. Die Behauptung des Mandanten, er habe den Steuerberater bereits bei der ersten Besprechung darauf hingewiesen, daß er, der Kläger, in der Buchführung noch nicht ganz sicher sei und daß der Steuerberater fehlerhafte Eintragungen korrigieren möge, führt zu keiner anderen Beurteilung.

Eine damit vom Kläger verfolgte Absicht, jegliches Risiko eigener Fehlleistungen bei der Buchführung auszuschalten, konnte nur durch

eine entsprechend weitgehende Prüfungspflicht des Beklagten aufgrund schuldrechtlich bindender Vereinbarung der Parteien in die Tat umgesetzt werden. Das aber ist nach den vorangegangenen Ausführungen gerade nicht geschehen.

Die unbestrittene Tatsache, daß der Beklagte stets sämtliche Belege beim Kläger anforderte, sagt über Art und Umfang seiner vertraglich geschuldeten Tätigkeit nichts. Die Behauptung des Klägers schließlich, der Beklagte habe anhand dieser Belege tatsächlich die Buchführung im einzelnen nachgeprüft, beruht ersichtlich nur auf einer Vermutung und ist schon aus diesem Grunde unerheblich.

GI-Leitsätze

Revision durch Telebrief/Telekopie

1. **Telebrief:** Die neue technische Übermittlungsform von Schriftstücken mit Telebriefverfahren der Deutschen Bundespost genügt den Form- und Erfordernissen für die Revisionseinlegung (§ 120 Abs. 1 der Finanzgerichtsordnung). Bei Übersendung eines fristgebundenen Schriftsatzes gehört es dabei zu den Sorgfaltspflichten des Absenders, sich bei der Telebriefstelle über die Laufzeiten und Zustellformen eines Telebriefs zu informieren und bei drohendem Fristablauf die besondere Zustellform des Eilbriefs zu wählen.

(BFH, Urf. v. 20. 3. 1986 – IV R 182/83, 57)

2. **Telekopie:** Eine Rechtssache hat grundsätzliche Bedeutung, wenn zu erwarten ist, daß die Entscheidung im künftigen Revisionsverfahren dazu dienen kann, die Rechtseinheit in ihrem Bestand zu erhalten oder die Weiterentwicklung des Rechts zu fördern. Das ist nicht schon deshalb der Fall, weil die Rechtsfrage bisher noch nicht höchststrichterlich entschieden worden ist. An der grundsätzlichen Bedeutung fehlt es, wenn die Behandlung der Rechtsfrage durch das Finanzgericht der eindeutigen Rechtslage und der allgemeinen Auffassung im Schrifttum entspricht.

(BFH, Urf. v. 14. 3. 1986 – VI B 44/84)

© Gerling-Konzern
Vertriebs-Aktiengesellschaft
Abteilung Presse und Information
Gereonshof, 5000 Köln 1
Telefon: (02 21) 144-7298

Verantwortlich für den Inhalt:
Rechtsanwalt Dr. Jürgen Gräfe,
Fachanwalt für Steuerrecht

Nachdruck nur mit vorheriger
schriftlicher Zustimmung.